

## Gesetz über Ordnungswidrigkeiten: OWiG

Bearbeitet von  
Dr. Erich Göhler, Dr. Martin Bauer, Dr. Franz Gürtler

17. Auflage 2017. Buch. LIV, 1556 S. In Leinen  
ISBN 978 3 406 68948 2  
Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Strafrecht > Verkehrsstrafrecht, Ordnungswidrigkeiten](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, red, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three red dots of increasing size. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

Göhler  
Ordnungswidrigkeitengesetz



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 18

**Gesetz über  
Ordnungswidrigkeiten**

Begründet von

**Dr. Erich Göhler**

(1. bis 12. Auflage)

Fortgeführt von

**Dr. Franz Gürtler**

Vorsitzender Richter  
am Oberlandesgericht München

**Dr. Helmut Seitz**

Ministerialdirigent  
im Bayerischen Staatsministerium  
der Justiz

**Dr. Martin Bauer**

Regierungsdirektor  
im Bayerischen Staatsministerium  
der Justiz

17., neu bearbeitete Auflage  
2017





# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 9783406689482

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)  
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

### Vorwort zur 17. Auflage

#### I.

Seit der 13. Auflage war Ministerialdirigent Dr. Helmut Seitz Mitverfasser dieses Kommentars und hat im Laufe von nahezu fünfzehn Jahren mit seiner herausragenden Kommentierung den zentralen Stellenwert dieses Werkes gesichert und ausgebaut. Völlig unerwartet ist er am 6. März 2016 verstorben. Unsere Welt ist um einen brillanten Juristen, vor allem aber um einen lebenswerten, klugen und gleichzeitig bescheiden auftretenden Menschen ärmer geworden. Für die nun vorliegende 17. Auflage konnte Dr. Helmut Seitz noch zahlreiche Vorarbeiten erledigen sowie neue Rechtsprechung und Literatur einarbeiten. Ein Abschluss dieser Arbeiten war ihm leider nicht mehr vergönnt. Seinen Bearbeiterteil hat nunmehr – bei sonst unveränderter Arbeitsaufteilung – Regierungsdirektor Dr. Martin Bauer übernommen.

#### II.

Die 17. Auflage bringt die Kommentierung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur auf den aktuellen Stand (März 2017). Wieder wurden zahlreiche Gesetzes- bzw. Vorschriftenänderungen in Landesgesetzen neu eingearbeitet, dazu viele Gerichtsentscheidungen in die Kommentierung aufgenommen. Wie in der Vergangenheit ist die Ausrichtung der Kommentierung an den Bedürfnissen der Praxis vorrangiges Anliegen der Verfasser.

Die Neuauflage verarbeitet insgesamt sechs Novellierungen des OWiG. Art. 4 der 8. GWB-Novelle vom 26.6.2013 brachte seit der Voraufgabe zwei wesentliche gesetzliche Neuerungen: Das Höchstmaß der Verbandsgeldbuße bei Anknüpfung an eine Straftat oder an eine mit Strafe bedrohte Pflichtverletzung im Rahmen der Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG wurde auf 10 Mio. Euro verzehnfacht. Außerdem regelt § 30 OWiG in dem neuen Abs. 2a die Festsetzbarkeit der Verbandsgeldbuße gegen den Rechtsnachfolger bei Gesamtrechtsnachfolge und lässt als Ergänzung in Abs. 6 die Anordnung eines dinglichen Arrests nach Erlass eines Bußgeldbescheids zu.

Eingearbeitet sind daneben mehrfache Änderungen des § 107 OWiG zu den Gebühren und Auslagen, zuletzt durch das Gesetz zur Aktualisierung der Strukturform des Gebührenrechts des Bundes vom 18.7.2016, eine geringfügige Anhebung des Verwarnungsgeldes in § 56 I OWiG durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vom 28.8.2013, Anpassungen der §§ 46 und 110d OWiG durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10.10.2013 sowie eine redaktionelle Modifizierung des § 131 OWiG durch das Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz vom 13.5.2015.

Auch wenn sich die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ihrem Ende nähert, haben sich darüber hinaus im OWiG keine grundlegenden gesetzlichen Neuerungen ergeben. Einige Änderungen sind jedoch bereits heute abzusehen:

Die mit dem Gesetz vom 13.4.2017 (BGBl I 872) beschlossene vollständige Neufassung des materiellen und prozessualen Rechts der strafrechtlichen Ver-

### Vorwort

mögensabschöpfung, die insbesondere Änderungen des § 29a OWiG und § 87 OWiG mit sich bringt, wird erst zum 1.7.2017 in Kraft treten und konnte daher nicht mehr berücksichtigt werden (vgl. 17 vor § 29a).

Nicht mehr eingearbeitet werden konnte auch die geplante Abschaffung des Richtervorbehalts für die Entnahme von Blutproben bei Straßenverkehrsdelikten. Nach Art. 5 des Regierungsentwurfs zur Änderung des StGB, des JGG, der StPO und weiterer Gesetze (BT-Drs. 18/11272) soll die Entnahme einer Blutprobe in diesen Fällen künftig keiner richterlichen Anordnung mehr bedürfen (vgl. 27 zu § 46). Zudem soll (auch) im OWi-Recht eine generelle Nacheinandervollstreckung von Fahrverboten vorgesehen und damit die bisherige Streitfrage der Neben- oder Nacheinandervollstreckung mehrerer Fahrverbote gelöst werden (vgl. 31b zu § 90).

Mit dem Regierungsentwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (BT-Drs. 18/10207 – 9. GWB-Novelle) soll u.a. eine unternehmensbezogene Sanktion eingeführt werden, die verhindert, dass Unternehmen kartellrechtliche Geldbußen in Millionenhöhe durch nachträgliche Vermögensverschiebungen und Umstrukturierungen vereiteln (vgl. § 30 IIa OWiG). Mit dem Inkrafttreten ist noch 2017 zu rechnen.

Langfristig wird auch der elektronische Rechtsverkehr das OWi-Verfahrensrecht prägen. Nach dem Regierungsentwurf zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (BT-Drs. 18/9416) soll in allen Straf- und Bußgeldverfahren ab dem 1.1.2026 die Pflicht und bis dahin die Möglichkeit zur elektronischen Aktenführung und zum elektronischen Rechtsverkehr bestehen. Die für das OWi-Verfahren bereits existierenden §§ 110a ff. OWiG sollen zu diesem Zweck ab dem 1.1.2018 neu gefasst werden. Eine Verpflichtung von Verteidigern zur Übermittlung elektronischer Dokumente soll es – wie in den anderen Verfahrensordnungen auch – erst ab dem 1.1.2022 geben.

Umfassend ausgewertet wurden die aktuelle Rechtsprechung und neue Literatur bis März 2017. Neben dem BGH haben sowohl BVerfG als auch EuGH in diesem Zeitraum den ein oder anderen Akzent gesetzt oder verstärkt. Zahlreiche obergerichtliche Entscheidungen wurden neu eingearbeitet, etwa zur Frage des „Erlangten“ iS des § 29a OWiG (vgl. 6 ff.; 12 zu § 29a), zur Einsichtnahme in Bedienungsanleitungen und „Lebensakten“ (vgl. 49 zu § 60), zur Rechtsmittelbeschränkung (vgl. 32 zu § 79, 34e und 34g zu § 67), zur Entbindung des Betroffenen nach § 73 II OWiG (vgl. 4 ff. zu § 73), zur Einspruchsverwerfung nach Aufhebung und Zurückverweisung (vgl. 24 zu § 74) oder zum nachträglichen Absetzen der Urteilsgründe (vgl. 3 zu § 77b).

Zu strukturellen Änderungen im Kommentar haben wir keine Veranlassung gesehen. Dies gilt auch für Anhang A und B, die auf den aktuellen Stand gebracht wurden, wobei insbesondere im Anhang B nicht eben wenige landesrechtliche Änderungen berücksichtigt werden konnten.

### III.

Der Kommentar ist durchgehend auf dem Stand vom 31.3.2017. Später veröffentlichte Rechtsprechung und eingetretene bzw. eintretende Rechtsänderungen wurden berücksichtigt, soweit dies der Stand der Drucklegung zuließ.

Wir danken dem Verlag für die vorzügliche Unterstützung und unkomplizierte Zusammenarbeit, wobei wiederum unser Lektor, Herr Andreas Harm, und die IT-Spezialisten in Nördlingen besonders hervorzuheben sind.



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

### **Vorwort**

Den Lesern des Kommentars danken wir für die wohlwollende Aufnahme der Voraufgabe sowie für Hinweise und Zusendungen. Wir hoffen, sämtliche Zuschriften beantwortet zu haben. Wo dies nicht geschehen ist, ist Vergesslichkeit und nicht böser Wille der Grund. Wir bitten gegebenenfalls um Nachsicht und würden uns auch künftig über einen regen Gedankenaustausch freuen.

München, im April 2017

*Franz Gürtler*

*Martin Bauer*





**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

### Hinweise zur Benutzung des Kommentars

Im Kommentar sind den einzelnen Abschnitten Vorbemerkungen vorangestellt, die einen systematischen Überblick geben sowie grundsätzliche Fragen behandeln. Solche übergreifenden Erläuterungen sind auch bei oder vor einzelnen Paragraphen aufgenommen. Dadurch soll den Bedürfnissen der Praxis, aber auch denen der Rechtswissenschaft und der Studierenden, systematisch geordnete Zusammenhänge zu erfassen, weitgehend Rechnung getragen werden. Im Einzelnen werden folgende Hinweise gegeben, die für die Benutzung des Kommentars hilfreich sein können:

1. **Die Entwicklung des OWi-Rechts** bis zum geltenden OWiG v. 24.5.1968 und die danach vorgenommenen wesentlichen Änderungen sind in der Einleitung unter Angabe der Gesetzesmaterialien aufgezeigt.
2. **Die rechtsdogmatischen Fragen zum Wesen der OWi** und der Geldbuße, zur tatbestandsmäßigen, rechtswidrigen und vorwerfbaren Handlung, zur Abgrenzung der OWi von der Straftat uä sind in den Vorbemerkungen vor § 1 behandelt.
3. **Die sinngemäße Anwendung der Vorschriften über das Strafverfahren**, die für das Verfahren der VB und des Gerichts gelten, ist zu § 46 im Grundsätzlichen erörtert.
4. **Das Bußgeldverfahren vor der VB** ist systematisch zusammenfassend vor § 59 dargestellt.
5. **Die Regelungen für die Anhörung des Betroffenen** und die damit zusammenhängenden Fragen (z.B. Belehrungspflichten; Verwertungsverbote von Aussagen uä) sind zu § 55 aufgezeigt.
6. **Die Regelungen über Zeugenvernehmungen**, die auch in das gerichtliche Verfahren hineinreichen, sind zu § 59 erläutert.
7. **Die Vorschriften über die Verteidigung** sind, auch soweit sie für das gerichtliche Verfahren von Bedeutung sind, zu § 60 kommentiert.
8. **Die in gerichtlichen Verfahren nach Einspruch** anzuwendenden StPO-Vorschriften sind vor § 67 behandelt, die für die Hauptverhandlung geltenden StPO-Vorschriften zu § 71.
9. **Die allgemeinen Vorschriften über Rechtsmittel** im gerichtlichen Verfahren sind vor § 79 erörtert.
10. **Die Kostenvorschriften der StPO** (und des JGG), die im Bußgeldverfahren der VB, der StA und im gerichtlichen Verfahren sinngemäß gelten, sind vor § 105 systematisch erläutert. Die spezielle kostenrechtliche Regelung des § 25a StVG (Kostentragungspflicht des Kfz-Halters) ist vor § 109a kommentiert.



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhalt

Abkürzungen .....	XXI
Tabelle der Änderungen des OWiG .....	XLIX
Einleitung .....	1

### Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

#### Erster Teil. Allgemeine Vorschriften

<b>Erster Abschnitt. Geltungsbereich .....</b>	<b>36</b>
§ 1 Begriffsbestimmung .....	36
§ 2 Sachliche Geltung .....	39
§ 3 Keine Ahndung ohne Gesetz .....	41
§ 4 Zeitliche Geltung .....	50
§ 5 Räumliche Geltung .....	59
§ 6 Zeit der Handlung .....	62
§ 7 Ort der Handlung .....	63
<b>Zweiter Abschnitt. Grundlagen der Ahndung</b>	
§ 8 Begehen durch Unterlassen .....	68
§ 9 Handeln für einen anderen .....	71
§ 10 Vorsatz und Fahrlässigkeit .....	90
§ 11 Irrtum .....	100
§ 12 Verantwortlichkeit .....	117
§ 13 Versuch .....	121
§ 14 Beteiligung .....	124
§ 15 Notwehr .....	134
§ 16 Rechtfertigender Notstand .....	136
<b>Dritter Abschnitt. Geldbuße</b>	
§ 17 Höhe der Geldbuße .....	144
§ 18 Zahlungserleichterungen .....	182
<b>Vierter Abschnitt. Zusammentreffen mehrerer Gesetzes-</b>	
<b>verletzungen .....</b>	<b>183</b>
§ 19 Tateinheit .....	198
§ 20 Tatmehrheit .....	200
§ 21 Zusammentreffen von Straftat und Ordnungswidrigkeit .....	201
<b>Fünfter Abschnitt. Einziehung .....</b>	<b>208</b>
§ 22 Voraussetzungen der Einziehung .....	212
§ 23 Erweiterte Voraussetzungen der Einziehung .....	218
§ 24 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	221
§ 25 Einziehung des Wertersatzes .....	225
§ 26 Wirkung der Einziehung .....	230
§ 27 Selbständige Anordnung .....	232

### Inhalt

§ 28	Entschädigung .....	234
§ 29	Sondervorschrift für Organe und Vertreter .....	238

#### **Sechster Abschnitt. Verfall; Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen .....**

240

§ 29 a	Verfall .....	248
§ 30	Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen .....	260

#### **Siebenter Abschnitt. Verjährung .....**

285

§ 31	Verfolgungsverjährung .....	288
§ 32	Ruhen der Verfolgungsverjährung .....	295
§ 33	Unterbrechung der Verfolgungsverjährung .....	298
§ 34	Vollstreckungsverjährung .....	331

### **Zweiter Teil. Bußgeldverfahren**

#### **Erster Abschnitt. Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten .....**

333

§ 35	Verfolgung und Ahndung durch die Verwaltungsbehörde .....	333
§ 36	Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde .....	336
§ 37	Örtliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde .....	340
§ 38	Zusammenhängende Ordnungswidrigkeiten .....	343
§ 39	Mehrfache Zuständigkeit .....	344
§ 40	Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft .....	348
§ 41	Abgabe an die Staatsanwaltschaft .....	350
§ 42	Übernahme durch die Staatsanwaltschaft .....	353
§ 43	Abgabe an die Verwaltungsbehörde .....	357
§ 44	Bindung der Verwaltungsbehörde .....	360
§ 45	Zuständigkeit des Gerichts .....	361

#### **Zweiter Abschnitt. Allgemeine Verfahrensvorschriften .....**

§ 46	Anwendung der Vorschriften über das Strafverfahren .....	362
§ 47	Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten .....	378
§ 48	(aufgehoben) .....	
§ 49	Akteneinsicht des Betroffenen und der Verwaltungsbehörde .....	395
§ 49 a	Verfahrensübergreifende Mitteilungen von Amts wegen .....	398
§ 49 b	Verfahrensübergreifende Mitteilungen auf Ersuchen; sonstige Verwendung von Daten für verfahrensübergreifende Zwecke .....	407
§ 49 c	Dateiregelungen .....	410
§ 49 d	Mitteilungen bei Archivierung mittels Bild- und anderen Datenträgern .....	413
§ 50	Bekanntmachung von Maßnahmen der Verwaltungsbehörde .....	414
§ 51	Verfahren bei Zustellungen der Verwaltungsbehörde .....	418
§ 52	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	440

#### **Dritter Abschnitt. Vorverfahren .....**

458

##### **I. Allgemeine Vorschriften**

§ 53	Aufgaben der Polizei .....	458
§ 54	(weggefallen) .....	
§ 55	Anhörung des Betroffenen .....	465

### Inhalt

II. Verwarnungsverfahren .....	475
§ 56 Verwarnung durch die Verwaltungsbehörde .....	477
§ 57 Verwarnung durch Beamte des Außen- und Polizeidienstes .....	489
§ 58 Ermächtigung zur Erteilung der Verwarnung .....	492
III. Verfahren der Verwaltungsbehörde .....	494
§ 59 Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen .....	551
§ 60 Verteidigung .....	575
§ 61 Abschluss der Ermittlungen .....	598
§ 62 Rechtsbehelf gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde .....	599
IV. Verfahren der Staatsanwaltschaft .....	
§ 63 Beteiligung der Verwaltungsbehörde .....	610
§ 64 Erstreckung der öffentlichen Klage auf die Ordnungswidrigkeit ....	613
<b>Vierter Abschnitt. Bußgeldbescheid</b> .....	614
§ 65 Allgemeines .....	617
§ 66 Inhalt des Bußgeldbescheides .....	617
<b>Fünfter Abschnitt. Einspruch und gerichtliches Verfahren</b> .....	641
I. Einspruch .....	
§ 67 Form und Frist .....	648
§ 68 Zuständiges Gericht .....	664
§ 69 Zwischenverfahren .....	670
§ 70 Entscheidung des Gerichts über die Zulässigkeit des Einspruchs ....	683
II. Hauptverfahren .....	685
§ 71 Hauptverhandlung .....	687
§ 72 Entscheidung durch Beschluss .....	724
§ 73 Anwesenheit des Betroffenen in der Hauptverhandlung .....	745
§ 74 Verfahren bei Abwesenheit .....	753
§ 75 Teilnahme der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung .....	772
§ 76 Beteiligung der Verwaltungsbehörde .....	774
§ 77 Umfang der Beweisaufnahme .....	780
§ 77 a Vereinfachte Art der Beweisaufnahme .....	792
§ 77 b Absehen von Urteilsgründen .....	799
§ 78 Weitere Verfahrensvereinfachungen .....	802
III. Rechtsmittel .....	805
§ 79 Rechtsbeschwerde .....	809
§ 80 Zulassung der Rechtsbeschwerde .....	838
§ 80 a Besetzung der Bußgeldsenate der Oberlandesgerichte .....	857
<b>Sechster Abschnitt. Bußgeld- und Strafverfahren</b> .....	859
§ 81 Übergang vom Bußgeld- zum Strafverfahren .....	859
§ 82 Bußgelderkennntnis im Strafverfahren .....	867
§ 83 Verfahren bei Ordnungswidrigkeiten und Straftaten .....	876
<b>Siebenter Abschnitt. Rechtskraft und Wiederaufnahme des Verfahrens</b> .....	880
§ 84 Wirkung der Rechtskraft .....	880
§ 85 Wiederaufnahme des Verfahrens .....	887
§ 86 Aufhebung des Bußgeldbescheides im Strafverfahren .....	894

### Inhalt

<b>Achter Abschnitt. Verfahren bei Anordnung von Nebenfolgen oder der Festsetzung einer Geldbuße gegen eine juristische Person oder Personenvereinigung</b>	899
§ 87 Anordnung von Einziehung und Verfall	901
§ 88 Festsetzung der Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen	917
<b>Neunter Abschnitt. Vollstreckung der Bußgeldentscheidungen</b>	922
§ 89 Vollstreckbarkeit der Bußgeldentscheidungen	930
§ 90 Vollstreckung des Bußgeldbescheides	932
§ 91 Vollstreckung der gerichtlichen Bußgeldentscheidung	943
§ 92 Vollstreckungsbehörde	945
§ 93 Zahlungserleichterungen	945
§ 94 Verrechnung von Teilbeträgen	948
§ 95 Beitreibung der Geldbuße	949
§ 96 Anordnung von Erzwingungshaft	951
§ 97 Vollstreckung der Erzwingungshaft	960
§ 98 Vollstreckung gegen Jugendliche und Heranwachsende	963
§ 99 Vollstreckung von Nebenfolgen, die zu einer Geldzahlung verpflichten	972
§ 100 Nachträgliche Entscheidungen über die Einziehung	974
§ 101 Vollstreckung in den Nachlass	975
§ 102 Nachträgliches Strafverfahren	975
§ 103 Gerichtliche Entscheidung	977
§ 104 Verfahren bei gerichtlicher Entscheidung	981
<b>Zehnter Abschnitt. Kosten</b>	984
I. Verfahren der Verwaltungsbehörde	1027
§ 105 Kostenentscheidung	1027
§ 106 Kostenfestsetzung	1028
§ 107 Gebühren und Auslagen	1031
§ 108 Rechtsbehelf und Vollstreckung	1045
II. Verfahren der Staatsanwaltschaft	
§ 108 a	1048
III. Verfahren über die Zulässigkeit des Einspruchs	
§ 109	1051
IV. Auslagen des Betroffenen	1053
§ 109 a	1065
<b>Elfter Abschnitt. Entschädigung für Verfolgungsmaßnahmen</b>	
§ 110	1071
<b>Zwölfter Abschnitt. Elektronische Dokumente und elektronische Aktenführung</b>	1080
§ 110 a Erstellung und Einreichung formgebundener und anderer elektronischer Dokumente bei Behörden und Gerichten	1081
§ 110 b Elektronische Aktenführung	1085
§ 110 c Erstellung elektronischer Dokumente durch Behörden und Gerichte und Zustellung an die Staatsanwaltschaft	1090

### Inhalt

§ 110 d Aktenausdruck, Akteneinsicht und Aktenübersendung .....	1092
§ 110 e Durchführung der Beweisaufnahme .....	1094

### Dritter Teil. Einzelne Ordnungswidrigkeiten

<b>Erster Abschnitt. Verstöße gegen staatliche Anordnungen .....</b>	<b>1096</b>
§ 111 Falsche Namensangabe .....	1096
§ 112 Verletzung der Hausordnung eines Gesetzgebungsorgans .....	1104
§ 113 Unerlaubte Ansammlung .....	1106
§ 114 Betreten militärischer Anlagen .....	1110
§ 115 Verkehr mit Gefangenen .....	1112
<b>Zweiter Abschnitt. Verstöße gegen die öffentliche Ordnung .....</b>	<b>1117</b>
§ 116 Öffentliche Aufforderung zu Ordnungswidrigkeiten .....	1117
§ 117 Unzulässiger Lärm .....	1122
§ 118 Belästigung der Allgemeinheit .....	1128
§ 119 Grob anstößige und belästigende Handlungen .....	1134
§ 120 Verbotene Ausübung der Prostitution; Werbung für Prostitution .....	1143
§ 121 Halten gefährlicher Tiere .....	1148
§ 122 Vollrausch .....	1151
§ 123 Einziehung; Unbrauchbarmachung .....	1155
<b>Dritter Abschnitt. Missbrauch staatlicher oder staatlich geschützter Zeichen</b>	
§ 124 Benutzen von Wappen oder Dienstflaggen .....	1158
§ 125 Benutzen des Roten Kreuzes oder des Schweizer Wappens .....	1161
§ 126 Mißbrauch von Berufsstrachen oder Berufsabzeichen .....	1163
§ 127 Herstellen oder Verwenden von Sachen, die zur Geld- oder Urkundenfälschung benutzt werden können .....	1164
§ 128 Herstellen oder Verbreiten von papiergeldähnlichen Drucksachen oder Abbildungen .....	1171
§ 129 Einziehung .....	1173
<b>Vierter Abschnitt. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen</b>	
§ 130 .....	1174
<b>Fünfter Abschnitt. Gemeinsame Vorschriften</b>	
§ 131 .....	1197

### Vierter Teil. Schlussvorschriften

§ 132 Einschränkung von Grundrechten .....	1201
§ 133 Übergangsvorschriften .....	1201
§ 134 (aufgehoben) .....	1202
§ 135 (Inkrafttreten) .....	1202



### Inhalt

#### Anhang

##### A. Ergänzende Vorschriften des Bundesrechts

1. Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (Auszug) .....	1203
1 a. Einigungsvertrag (Auszug) .....	1205
2. Strafprozessordnung (Auszug) .....	1208
3. Jugendgerichtsgesetz (Auszug) .....	1308
3 a. Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (Auszug) .....	1318
4. Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungs- maßnahmen (Auszug) .....	1326
5. Verwaltungszustellungsgesetz (Auszug) .....	1329
6. Verwaltungskostengesetz (Auszug) .....	1334
7–9. freibleibend	
10. Abgabenordnung (Auszug) .....	1334
11. Straßenverkehrsgesetz (Auszug) .....	1347
11 a. Bußgeldkatalog-Verordnung (Auszug) .....	1356
12. Wirtschaftsstrafgesetz 1954 (Auszug) .....	1359
13. Außenwirtschaftsgesetz (Auszug) .....	1361
14. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Auszug) .....	1363
15. Gesetz über den Schutz der Truppen des Nordatlantik- paktes durch das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (NATO-Truppen-Schutzgesetz) (Auszug) .....	1368
16. Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeld- verfahren (Auszug) .....	1369
17. Telemediengesetz (Auszug) .....	1382
18. Bekanntmachung zum Abbau der Grenzkontrollen Benelux-Staaten/Deutschland/Frankreich vom 19.12.1995 (Auszug) .....	1387
19. Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Auszug) .....	1392

##### B. Ergänzende Vorschriften des Landesrechts

###### Baden-Württemberg

1 a. Landesordnungswidrigkeitengesetz (LOWiG) .....	1401
1 b. Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) .....	1404
1 c. Zuständigkeitsverordnung Justiz (ZuVOJu) .....	1411

###### Bayern

2 a. Landesstraß- und Verordnungsgesetz (LStVG) .....	1412
2 b. Zuständigkeitsverordnung (ZustV) .....	1413
2 c. Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung Justiz (GZVJu) .....	1417

###### Berlin

3. ZuständigkeitsVO-OWiG .....	1418
--------------------------------	------

###### Brandenburg

4 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrig- keiten (AGOWiG) .....	1419
---	------

### Inhalt

4 b. Verkehrsordnungswidrigkeitenzuständigkeitsverordnung (VOWiZustV) .....	1421
4 c. Ordnungswidrigkeitenzuständigkeitsverordnung (OWiZustV) ....	1422
4 d. Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeitskonzentrationen (Gerichtszuständigkeits-Verordnung – GerZV) .....	1423

#### Bremen

5 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) .....	1423
5 b. Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 23, 24 und 24 a des Straßenverkehrsgesetzes vom 21.7.1980 .....	1424
5 c. Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten .....	1424
5 d. VO über die Zuständigkeit der Amtsgerichte nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten .....	1429

#### Hamburg

6 a. Anordnung zur Neuregelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts .....	1430
6 b. Anordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten .....	1431
6 c. Verordnung über die örtliche Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldsachen auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts .....	1434

#### Hessen

7 a. Finanzausgleichsgesetz (FAG) .....	1435
7 b. Verordnung zur Bestimmung straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten .....	1435
7 c. Justizzuständigkeitsverordnung (JuZuV) .....	1437
7 d. Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport (OWiZustVO-MdlS) ....	1438

#### Mecklenburg-Vorpommern

8 a. Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Dritten Teil des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG-ZustVO) .....	1439
8 b. Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden auf dem Gebiet des Straßenverkehrswesens (Straßenverkehrszuständigkeitsverordnung – StVZustLVO M-V) .....	1439

#### Niedersachsen

9 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten .....	1442
9 b. Verordnung über sachliche Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (ZustVO-OWi) .....	1443
9 c. Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung (ZustVO-Justiz) .....	1449

### Inhalt

#### Nordrhein-Westfalen

10 a. Anpassungsgesetz (AnpG. NW) .....	1450
10 b. Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden .....	1450
10 c. Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Dritten Teil des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Vierten Strafrechtsänderungsgesetz zuständigen Verwaltungsbehörden ...	1451
10 d. Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Straf- sachen gegen Erwachsene, in Jugendstrafsachen, in Bußgeld- verfahren und Abschiebungshaftsachen (Zuständigkeitsver- ordnung Amtsgerichte Strafsachen – ZustVO AG Straf) .....	1452

#### Rheinland-Pfalz

11 a. Erstes Landesgesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften (1. LStrafÄndG)) .....	1455
11 b. Landesverordnung über die Zuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden .....	1456
11 c. Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts .....	1457
11 d. Landesverordnung über die gerichtliche Zuständigkeit in Straf- sachen und Bußgeldverfahren .....	1458

#### Saarland

12 a. Gesetz zur Kommunalisierung unterer Landesbehörden (KombLbG) .....	1460
12 b. Straßenverkehrszuständigkeitsgesetz .....	1460
12 c. Verordnung zur Übertragung und Änderung von Zuständig- keiten .....	1462

#### Sachsen

13 a. Sächsisches Ordnungswidrigkeitengesetz (SächsOWiG) .....	1462
13 b. Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständig- keiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG- ZuVO) .....	1464
13 c. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über die Organisation der Justiz (Sächsische Justizorganisations- verordnung – SächsJOrgVO) .....	1477

#### Sachsen-Anhalt

14 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrig- keiten (AG OWiG) .....	1477
14 b. Verordnung über sachliche Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (ZustVO OWi) .....	1478
14 c. Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit bei Einsprüchen gegen Bußgeldbescheide auf dem Gebiet des Straßenverkehrs- rechts .....	1482

#### Schleswig-Holstein

15 a. Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung (OWi-ZustVO) .....	1483
---	------



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

### Inhalt

15 b. Landesverordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem Straßenverkehrsgesetz .....	1508
--	------

#### Thüringen

16 a. Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Thüringer Innenministerium .....	1509
16 b. Thüringer Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 115 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten .....	1509
16 c. Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten .....	1510
16 d. Thüringer Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit (ThürGerZustVO) .....	1511

Sachverzeichnis .....	1513
-----------------------	------



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG